

wo weniger Mehrkosten aufgrund von Umweltauflagen entstehen.

Wirkung und Nebenwirkungen

Massive Delokalisierungen sind allerdings zurzeit nicht zu befürchten. Dafür sorgt die bereits angeführte Großzügigkeit bei der Zuteilung der Zertifikate. Doch mit einem Zusammenbruch des CO₂-Zertifikathandels würde auch der Anreiz entfallen, weiter in Sparmaßnahmen zu investieren. Das wäre ein Desaster für die europäische Klimapolitik. Und ein Triumph für die Wirtschaftslobbies - oder zumindest für die Industrielobbies. Denn die Umweltschutz-NGOs bekommen seit ein paar Jahren von unerwarteter Seite Unterstützung: von den Versicherungs- und Finanzlobbies. Erstere befürchten Verlustgeschäfte, wenn wetterbedingte Katastrophen massiv zunehmen. Letztere dagegen wittern das große Geschäft beim Handel mit CO₂-Zertifikaten.

So war es auch kein Wunder, dass die Deutsche Bank im Sommer vergangenen Jahres eine Studie zum EU-Emissionshandel veröffentlichte - die mit den Mitgliedstaaten und der EU-Kommission hart ins Gericht ging. Im woxx-Interview (Nr 866) forderte Mark Lewis, einer der Autoren, von der Kommission eine "harte Linie" gegenüber Ländern, die zu großzügig mit den Emissionsrechten umgehen. "Die gesamte Glaubwürdigkeit des europäischen Emissionshandels und des Emissionshandels als einem Konzept, mit dem wir den Klimawandel bekämpfen wollen, hängen davon ab", so Lewis.

Diese Aufforderung nahm sich die EU-Kommission bei der Bewertung der Allokationspläne für die zweite Periode, die Jahre 2008 bis 2012, zu Herzen. Von den bisher untersuchten 13 Plänen wurde kein einziger gut geheißt. Abgesehen vom Plan Großbritanniens korrigierte die Kommission in allen Fällen die vorgesehenen Zuteilung von Zertifikaten nach unten. Luxemburgs Industrie zum Beispiel soll statt 3,95 nur noch 2,69 Millionen Tonnen CO₂ im Jahr ausstoßen dürfen. Damit hofft Umweltkommissar Stavros Dimas, ein deutliches Signal an den Markt für CO₂-Zertifikate zu senden: Die EU habe sich das Ziel gesetzt, "die notwendige Knappheit im europäischen Kohlenstoffmarkt zu erreichen", wird er von dem Online-Dienst Euractiv zitiert. Damit scheint das Emissionshandelssystem erst einmal gerettet.

Streng, aber nicht umweltgerecht

Im Gegenzug scheint die Kommission allerdings darauf zu verzichten, die Erreichung der Kyoto-Ziele bei den Mitgliedstaaten einzufordern. Die Ablehnung der Pläne wurde nämlich damit begründet, dass die Länder eine gegenüber den 2005 gemessenen Emissionen zu großzügige Anzahl von Zertifikaten vergeben wollten. Nicht ge-

prüft wurde, ob diese Zuteilung in Einklang mit der Erreichung des Kyoto-Ziels steht. In vielen Plänen, unter anderem dem luxemburgischen, wurden die Einsparungen der anderen Sektoren unrealistisch hoch angesetzt, um der nationalen Industrie möglichst hohe Quoten zuzugestehen. Voraussichtlich wird nun die Industrie gezwungenermaßen Einsparungen vornehmen. Die europäischen Kyoto-Ziele wird man trotzdem verfehlen, weil für die Emissionen der Haushalte und des Verkehrs der Druck aus Brüssel fehlt.

"Europa ist das Zentrum des globalen Weltmarktes für Emissionen. Es geht nicht nur darum, ob die europäischen Länder ihre Kyoto-Ziele erreichen. Es geht auch um das Wesen des Emissionshandels und den Umgang mit dem Klimawandel", hatte Mark Lewis im woxx-Interview erklärt. Derzeit sieht es so aus, als opfere die EU-Kommission Kyoto auf dem Altar des Quotenhandels. Das liegt im Interesse der Finanzwelt, die auf einen florierenden weltweiten Handel mit "heißer Luft" hofft. Ein funktionierendes Emissionshandelssystem wird es aber auch einfacher machen, den weltweit größten Emittenten, die USA, für ein Post-Kyoto-Abkommen zu gewinnen.

Paradoxiere Weise waren es in den 90er Jahren die "liberalen" Vereinigten Staaten, die die Idee eines CO₂-Handels lanciert hatten. Damit versuchten sie, den "dirigistischen" europäischen Vorschlag einer CO₂-Steuer zu kontern. Die Idee wurde in das Kyoto-Abkommen integriert. Doch die USA wollten das Abkommen nicht mehr ratifizieren, und so wurde die EU zum Wegbereiter der Emissionshandelssysteme.

Die Ausweitung dieses Systems auf sämtliche Staaten ist sicherlich ein attraktiver Vorschlag für das "liberale" Amerika. Doch ob ein CO₂-Handel, mit seinen Tücken und seinem ideologischen Beigeschmack, auch Begeisterung beim Rest der Welt auslösen wird, ist zweifelhaft.

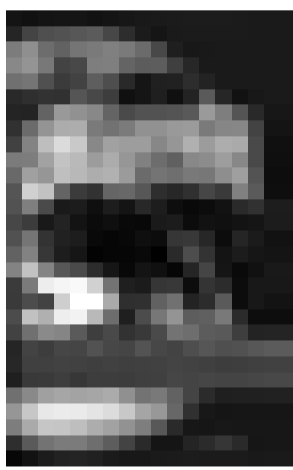


Im Katanga (Kongo) wird die Kohle in den Kochherden verfeuert. Im Rahmen des internationalen Emissionshandels könnte das bald zum Luxus werden. (Foto: wilhelm/xchng)

BUCHBESPRECHUNG

Kyoto plus

Mit provokanten Thesen will das Buch "Kyoto plus" Klimaschutz und Nord-Süd-Gerechtigkeit versöhnen. Das auf dieser Grundlage erarbeitete Modell gibt allerdings auch Anlass zu Kritik.



Lutz Wicke, Peter Spiegel, Inga Wicke-Thüs: *Kyoto plus - So gelingt die Klimawende.* Verlag C.H. Beck, München 2006.

Wer trägt die Hauptschuld an der Kyoto-Misere? Nicht die USA, häufig angeprangert, weil sie das Abkommen nicht ratifiziert haben, meinen die AutorInnen des Buches "Kyoto plus - so gelingt die Klimawende". Für sie wiegt schwerer, dass die dem Abkommen verpflichteten Staaten dem Rest der Welt ein abschreckendes Beispiel liefern: "Denn auch die Europäische Union, die selbsternannte Klimaschutzvorreiterin, wird ihre CO₂-Emissionen nach der Prognose (2004) der Internationalen Energieagentur bis 2010 um 9,1 Prozent steigern und nicht wie vereinbart um 8 Prozent senken."

Die Kritik am Kyoto-Abkommen kreist um die Frage: "Wieso sollten die Entwicklungsländer ihren Treibhausgasausstoß und damit ihre wirtschaftliche Entwicklung einschränken, wenn die Industrieländer ihren CO₂-Ausstoß noch nicht einmal konstant halten?" Gewiss, mit den "Flexiblen Mechanismen" werden die Einspar-Ziele formal erreicht, doch die entsprechenden Einsparungen selbst werden kosteneffektiv in Nicht-Kyoto-Staaten umgesetzt. "Wiederum ökonomisch äußerst sinnvoll", so die Einschätzung der AutorInnen, "nur die Erdatmosphäre wird dadurch um keinen Deut weniger belastet!"

Kyoto ist tot

Der erste Teil des Buches ist grundsätzlichen Erklärungen zum Klimawandel und der Demontage des Kyoto-Systems gewidmet. Würde ein weiteres Abkommen dieser Art nach 2012 angenommen, so die Sorge, dann wären weitere Rückschläge und ein massiver Vertrauensverlust der Öffentlichkeit gegenüber der Klimapolitik vorprogrammiert. Es reiche nicht, dass ein Teil der Länder freiwillige

Selbstverpflichtungen einlege, die am Ende nicht eingehalten würden. Die AutorInnen plädieren für ein weltweites Emissionshandelssystem. Dabei soll, anders als beim EU-Quotenhandel, die erlaubte Gesamtmenge CO₂ aufgrund von wissenschaftlichen Fakten festgelegt werden. Damit die Temperatursteigerung mit einiger Wahrscheinlichkeit unter zwei Grad bleibt, müssen die Emissionen bis 2030 bei 30 Milliarden Tonnen CO₂ stabilisiert werden.

Wie sollen diese 30 Milliarden Emissionszertifikate verteilt werden? Die AutorInnen sprechen sich für eine sehr radikale Methode aus, nämlich das Prinzip "one human, one emission right". Jedes Land erhält Emissionsrechte entsprechend seinem Anteil an der Weltbevölkerung im Stichjahr 2000. Auf Indien entfielen dann 4,9 Milliarden, auf Deutschland 440 Millionen, und auf Luxemburg gerade einmal 2,2 Millionen Zertifikate. Die Länder des Nordens müssen dann die fehlenden Zertifikate von den Entwicklungsländern hinzu kaufen, die nur einen Bruchteil ihrer Quoten benötigen.

One human, one emission right

Detailliert wird im Buch begründet, warum es ohne Gerechtigkeit keine Klimarettung geben könne. So haben die Industrieländer in den vergangenen 200 Jahren die Atmosphäre uneingeschränkt als CO₂-Endlager benutzt. Diese Chance werden die Entwicklungsländer nicht haben - obwohl sie auch jetzt noch viel geringere Pro-Kopf-Emissionen haben als die Staaten des Nordens. Das Prinzip "one human, one emission right" wurde von indischen Politikern entwickelt. Es bricht mit dem beim Kyoto-Abkommen angewendeten "grandfathering", das die Quoten in Anlehnung an vergangene CO₂-Emissionen - die des Jahres 1990 - verteilt. Für die Entwicklungsländer sei ein globales Klima-Abkommen nur auf der Basis dieses Prinzips akzeptabel, so die AutorInnen.

Ganz so radikal wie er klingt, ist dieser Vorschlag allerdings nicht gemeint. Um "untragbar hohe Transferzahlungen für Industrieländer" zu verhindern, soll das Gros der Zertifikate auf einem "regulierten Zertifikatsmarkt" zu einem Fixpreis von zwei Dollar den Besitzer wechseln. Auch auf dem freien Markt würde durch Interventionen einer Zertifikats-Zentralbank der Höchstpreis unter 30 Dollar gehalten werden. Alles in allem rechnen die AutorInnen mit Nord-Süd-Transferzahlungen von 20 Milliarden Dollar - das entspricht etwa einem Viertel der jetzt schon geleisteten weltweiten Entwicklungshilfe.

Dieses Geld soll allerdings den Staaten der Dritten Welt nicht direkt zur Verfügung stehen, sondern im Rahmen von "nationalen ökosozialen Marshallplänen" ausgegeben werden - unter der Kontrolle einer internationalen Bewertungskommission. Trotz all

dieser Relativierungen des Gerechtigkeitsprinzips glauben die AutorInnen, dass die Entwicklungs- und Schwellenländer ihren Vorschlag angesichts der zu erwartenden Zusatzeinkünfte positiv aufnehmen.

Um auch die Industrieländer zu überzeugen, wird das Kyoto-plus-Modell als die billigste Art und Weise angepriesen, die - voraussichtlich teure - Klimakatastrophe abzuwenden. In der Tat: die Belastungen für das Nationaleinkommen dieser Staaten bewegen sich im Promillebereich. Außerdem weisen die AutorInnen auf ein "sensationelles Papier", das Unternehmensführer 2005 im Rahmen des "World Economic Forum" verabschiedet haben. In diesem Dokument wird mehr Konsequenz in Sachen Klimaschutz gefordert und die Idee eines weltweiten Emissionshandelssystems propagiert. Der Haken: Das "sensationelle Papier" macht keine Aussagen im Sinne einer "gerechten" Verteilung der CO₂-Zertifikate.

Regulierte Gerechtigkeit

Neben diesem Anbiederungsversuch bei der Wirtschaft geben auch die Aussagen zur Atomenergie Anlass zur Kritik. Zwar geht die Rede von "berechtigten Bedenken", doch die vorgesehene Stilllegung funktionierender AKWs in Deutschland wird als "klimapolitisch kontraproduktiv und eigentlich unverantwortlich" abgelehnt.

Schließlich dürfte die Erhebung des Marktprinzips zum Dogma auf so manche Kritik stoßen. Der Autor Lutz Wicke, CDU-Mitglied und ehemaliger Berliner Umweltstaatssekretär, scheint von den Möglichkeiten staatlicher Interventionen enttäuscht zu sein. Doch im Gegenzug suggeriert er, der Markt könne alle Probleme lösen. Das Markt-Dogma ist umso weniger glaubwürdig, als die AutorInnen ihre Verbindung von Handel und Gerechtigkeit nicht konsequent zu Ende denken. Ihr Modell des CO₂-Zertifikatsmarkts ist eine Mogelpackung: Drastischer Interventionismus soll sicherstellen, dass die Industrieländer ihre Emissionsrechte zum Schnäppchenpreis erhalten. Das mag besser sein als "Almosenpolitik", mit Gerechtigkeit hat es aber wenig zu tun.

Einerseits reizt das Buch "Kyoto plus" zum Widerspruch, andererseits überzeugt es durch scharfsinnige Analysen und gut durchdachte Vorschläge. Die AutorInnen haben ein originelles und pragmatisches Modell für den Klimaschutz ausgearbeitet. Ihr Hauptverdienst ist, die Gerechtigkeitsfrage anzusprechen und das Prinzip "one human, one emission right" - wenn auch in verwässerter Form - zu propagieren. Auch wenn die Prämissen und Einschätzungen im Buch teilweise problematisch sind - die Lektüre lohnt sich.

Raymond Klein